

I. Einleitung

1. Fragestellung(en)

Das Jahr 1873 markiert mit der beginnenden Börsenkrise, die sich von Ungarn kommend über Österreich, London und New York auch bald am Berliner Aktienmarkt auszuwirken begann, nicht nur einen konjunkturellen Abschwung, der den Optimismus der zuvor noch sehr positiv gestimmten Unternehmerschaft bremste: Vielmehr steht 1873 für die Diskreditierung des Liberalismus im Kaiserreich, für den langsamen Aufstieg der antisemitischen Bewegung in Deutschland und nicht zuletzt für die erste Bewährungsprobe des neuen Staates, der sich der als immer größer empfundenen Bedrohung der sozialen Revolution stellen musste.

Der Gründerkrach von 1873 kann beispielhaft als eine Weltwirtschaftskrise im modernen Sinne und Ausmaß betrachtet werden. In ihr verbinden sich die ökonomischen Auswirkungen einer solchen, mit den politischen und kulturellen Folgen, die wirtschaftliche Schocks in der Geschichte des modernen Kapitalismus immer wieder bewirkt haben. Dazu zählen genuin ökonomische Faktoren, wie der Verlust von Spekulationskapital auf dem Aktienmarkt, die dadurch ausgelösten destabilisierenden Effekte in der Realwirtschaft, begründet in einem Vertrauensverlust, der zu Absatzrückgängen, Preisdeflation nach einer Inflationsperiode von 1870 bis 1873,¹ einem Sinken des Arbeitsvolumens und Investitionszurückhaltung führte. Nicht zu vergessen sind aber auch die gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen, die durch die Krise hervorgerufen wurden. Dabei ist vor allem an die außergewöhnliche Konjunktur antisemitischer Stereotypen in der Krise zu denken. Lohnenswert ist aber auch der Blick auf den Umgang der Justiz mit Korruption und Börsenschwindel sowie auf den (wirtschafts-)politischen Diskurs überhaupt.² Beide methodischen Herangehensweisen, die kulturhistorische und die wirtschaftshistorische, haben ihren

¹ Vgl. zur Preisentwicklung: Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der deutschen „Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 2008, S. 553–556.

² Vgl. Davies, Hannah Catherine, *Transatlantic Speculations. Globalization and the Panics of 1873*, New York 2018; dies.: *Spekulation und Korruption. Zur Sozial- und Diskursgeschichte des Gründerkrachs und der „Panic of 1873“*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56 (2016), S. 169–188; Barreyre, Nicolas: *The Politics of Economic Crises: The Panic of 1873, the End of Reconstruction, and the Realignment of American Politics*, in: *The Journal of the Gilded Age and Progressive Era* 10, Nr. 4 (Booms, Busts, and the Gilded Age) (2011), S. 403–423; zeitgenössisch und antisemitisch: Meyer, R.: *Politische Gründer und die Corruption in Deutschland*, Leipzig 1877. Zu antisemitischen bzw. antijudaistischen Anwürfen am Beispiel der Biographie von Bismarcks Bankier Gerson von Bleichröder: Stern, Fritz: *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder*, München 2008.

wichtigen Beitrag zur Erforschung dieser in der Sekundärliteratur im Vergleich zu den Jahren des Sozialistengesetzes (1878–1890) und der wilhelminischen Ära (1890–1918) unterrepräsentierten Zeitspanne zu leisten. In dieser Arbeit soll allerdings eine Kombination beider Ansätze den Nachweis erbringen, dass diese sich nicht ausschließen, sondern sich vielmehr gegenseitig bedingen und jedenfalls auf konzeptioneller Ebene sozioökonomische Veränderungen adäquat abbilden und verstehen helfen.

Im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen, die vor dem Ersten Weltkrieg bekanntlich einen erst Ende des 20. Jahrhunderts wieder überstiegenen Höhepunkt erreichten, sind Forschungen zum Globalisierungsdiskurs im Kaiserreich geleistet worden, die auch die Auswirkungen globaler krisenhafter Erscheinungen – wie es die Krise von 1873 war – auf den politischen Diskurs untersuchen.³ Andere Studien erforschen die städtebaulichen Entwicklungen, die durch den Gründerboom und die im Jahr 1873 in Wien stattfindende Weltausstellung angetrieben wurden – nicht ohne die mit den stetig wachsenden Erwartungen verbundenen Enttäuschungen auszusparen, die auch die frustrierten Reaktionen auf den wirtschaftlichen Wendepunkt im Jahr 1873 verstehen helfen.⁴

In meiner Dissertation möchte ich mich in erster Linie mit den Auswirkungen des Börsenkrachs und der ihm folgenden Absatzkrise auf die deutsche Arbeiterbewegung auseinandersetzen. Standen die Wahlerfolge der Sozialisten in den Jahren 1874 und 1877 lange Zeit im Schatten der politischen Konsolidierung des Kaiserreichs, der liberalen Reformgesetzgebung und des Kulturkampfs, soll in meiner Arbeit ein besonderes Augenmerk auf die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Jahren 1873 bis 1877 gelegt werden. Prozesse, durch die sich die Sozialdemokratie als Partei erst konstituierte, gingen zu dieser Zeit einher mit der sozioökonomischen und politisch-diskursiven Entfaltung eines neu entstandenen Nationalstaats, der sich ebenfalls gerade erst konstituiert hatte und mit der aufkommenden Arbeiterbewegung sowie den ab 1873 auftauchenden wirtschaftlichen Turbulenzen zu kämpfen hatte. Gleichzeitig band der Kulturkampf – als Paradebeispiel für die Abgrenzung einer In- und Outgroup zum Zwecke der Identitätskonstruktion beider Seiten – nicht wenige staatliche und vor allem politische Ressourcen.

Das Verhältnis von Staat und Sozialdemokratie soll in dieser Arbeit vor allem vermittelt über die diskursive Ebene dargestellt und der Fokus auf die Sozi-

³ Vgl. hierzu: Conrad, Sebastian: *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2006, S. 65. Hier wird deutlich, dass Globalisierungsprozesse ein dezidiert nationalstaatliches Denken beförderten, gleichsam als Abgrenzungsmechanismus: „Im späten 19. Jahrhundert war es vor allem die Abgrenzung von Nationalstaaten, die den Prozeß der Globalisierung begleitete und auf ihn reagierte.“ Auch: Petersson, Niels P.: *Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung*, in: Conrad, Sebastian/Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2006, S. 49–67; Torp, Cornelius: *Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914*, Göttingen 2005.

⁴ Vgl. Kos, Wolfgang/Gleis, Ralph (Hrsg.): *Experiment Metropole. 1873: Wien und die Weltausstellung*, Wien 2014; Pemsel, Jutta: *Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt*, Wien 1989.

aldemokratie als Vertreterin einer aufstrebenden politischen Bewegung in einer Phase der eigenen Institutionalisierung in organisatorischer und programmatischer Hinsicht gerichtet werden. Richtungsweisend ist hierbei die Frage nach der Reaktion einer im Kern antikapitalistischen Bewegung auf eine Krise des noch jungen (Industrie-)Kapitalismus im Rahmen eines noch neuartigen, durch „Blut und Eisen“ entstandenen Nationalstaats. Betrachteten die politischen Akteure der Arbeiterbewegung die Krise von 1873 als Ausdruck einer rein wirtschaftlichen Entwicklung, oder verbanden sie diese mit einer Analyse des Herrschaftssystems? Wie dachten Sozialisten in den Jahren vor und nach der Entstehung des Gothaer Programms über Markt, Staat, Kapitalismus und den Finanzmarkt, der nun erstmals auf deutschem Boden eine wirklich signifikante politische und ökonomische Größe darstellte? Wurde die Krise als neu wahrgenommen, gab es historische Vergleichswerte? Kam es zu einer Analyse des Kapitalismus, die noch relativ unberührt von Marx'schen Ideen argumentierte, sich von ihnen absetzte oder diesen konsequent folgte, sie gar weiterentwickelte? Welche Lösungsansätze wurden entwickelt? Stärkte die Finanzkrise, später auch die Wirtschaftskrise das Selbstbewusstsein dieser nach der allgemeinen Lesart genuin antikapitalistischen Bewegung? Oder schwächte sie ihre Struktur, so wie die Gewerkschaften – beispielsweise anhand der Streikstatistik nachvollziehbar – an Verhandlungsmacht verloren in dieser Periode sinkender Löhne und sinkender Absätze, begründet durch eine allgemeine Nachfragerückgang?⁵ Oder gibt es Anhaltspunkte für eine durch die Krise angetriebene Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung, wie es – mit dem Beispiel des „Great Strike“ von 1877 – in den USA geschah?⁶

Inwieweit kann der Begriff der Ideologie, der sich auf einer mittleren Ebene zwischen den politischen und philosophischen Ideen und der tagesaktuellen politischen Praxis als Bindeglied für die Vermittlung der sozialdemokratischen Werte befindet, als analytisches Instrument verwendet werden? Kann von einer regelrechten Ideologieproduktion gesprochen werden, von bestimmten ideologischen Grundgedanken, die – beeinflusst durch die Gründerkrise – fortan im Sinne einer pfadabhängigen Entwicklung zum gängigen Repertoire sozialdemokratischer Semantik zählten? Wie groß war die Rolle von Marx und Engels und war nicht der einzelne politische Akteur, welcher sich aus dem „mittleren Parteimanagement“ rekrutierte und der in Kontakt mit Wählern und Parteimitgliedern stand, die entscheidende Verbindung zwischen den intellektuellen Vordenkern und der eigentlichen Basis der Bewegung?

In diesem Sinne muss auch der „einfache“ Arbeiter oder Handwerker, dessen Worte immer wieder auch Eingang in die Seiten des „Volksstaat“ und des „Neuen Social-Demokraten“ fanden, als eigenständiger Akteur ernst genom-

⁵ Vgl. Machtan, Lothar: Streiks und Aussperrungen im deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875, Berlin (West) 1984.

⁶ Vgl. Bixby, Brian: Great Strike of 1877, in: Leab, Daniel J. (Hrsg.): Encyclopedia of American Recessions and Depressions. Critical Period of 1783–1789 to Recession of 1920–1921, Santa Barbara 2014, S. 261–263.

men werden. Redner auf Parteiversammlungen werden in dieser Arbeit dementsprechend als relevante Diskursteilnehmer angeführt.⁷ In den nachfolgenden Kapiteln soll die Produktion sozialdemokratischer Weltanschauungen in den Jahren zwischen 1873 und 1877 nicht als Ausdruck einer vermeintlich weniger entwickelten „vorkautskyanischen Ideologie“ betrachtet werden, sondern als eigenständige Version einer von vielen Sozialdemokratien, die existiert haben und – historisch betrachtet – in der Erinnerung auch weiterhin nebeneinander existieren.⁸

Unter Ideologie wird im Folgenden ausdrücklich nicht ein wie auch immer geartetes „falsches Bewusstsein“ der diskursiven Akteure verstanden, sondern die „in Diskursen [...] enthaltenen impliziten Theorien und Annahmen über die ‚wahre Wirklichkeit‘, die Durchdringung des Alltäglichen mit diesen Vorstellungen sowie die damit verbundene Produktion von Subjektpositionen“.⁹ In diesem Sinne wird Ideologie in dieser Arbeit – ich folge hier den Annahmen von Robert Wuthnow – weder als zutreffende oder nicht zutreffende Reflektion der Realität betrachtet, die von Historikerinnen und Historikern bewertet werden muss, sondern als Untersuchungsgegenstand und als Ausdruck sozialer und diskursiver Faktoren, die bestimmte ideologische Wahrnehmungskategorien mehr oder minder begünstigten und die von historischen Akteuren mal mehr, mal weniger aufgegriffen und überformt wurden.¹⁰

Besonders interessant ist in der Frühgeschichte der deutschen Sozialdemokratie hierbei die genuine Mischung aus Theorien und Annahmen, die jeglichen – oftmals im Nachhinein projizierten – Abgrenzungen nicht selten Hohn spricht. Die Konzentration auf den politischen Diskurs der deutschen Sozialdemokratie wird auch die Frage nach der Rolle der unterschiedlichen, der Bewegung zur Verfügung stehenden medialen Formen konturieren, die ihrerseits gewisse diskursive Praktiken bedingten oder zumindest begünstigten. Das Forum des Reichstags, zuerst nur zugänglich für eine kleine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter, musste sich hinsichtlich seines semantischen Charakters stark unterscheiden von der – abgesehen von Zensurmaßnahmen – freien Stellungnahme in den parteieigenen Zeitungsorganen. Wurden ideologische Fra-

⁷ Vgl. zur Rolle der öffentlichen Versammlungen im Diskurs des Kaiserreichs: Jung, Theo: Streikkultur im Kaiserreich. Politische Versammlungen zwischen Deliberation und Demonstration, in: Braune, Andreas/Dreyer, Michael/Lang, Markus/Lappenküper, Ulrich (Hrsg.): Einigkeit und Recht, doch Freiheit? Das Deutsche Kaiserreich in der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur, Stuttgart 2021, S. 101–120 (zur Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz S. 104).

⁸ Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main/Berlin (West)/Wien 1973, S. 58.

⁹ Hirsland, Andreas/Schneider, Werner: Wahrheit, Ideologie und Diskurse. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen 2001, S. 373–402, hier S. 394.

¹⁰ Vgl. Wuthnow, Robert: Communities of Discourse. Ideology and Social Structure in the Reformation, the Enlightenment, and European Socialism, Cambridge (MA) 1989, S. 16.

gen vor allem auf Parteitage, im Reichstag, in Briefen oder in Zeitungsartikeln diskutiert?¹¹ Vor allem Reinharts Kosellecks Hinweis auf die Unvereinbarkeit zwischen „endloser Wiederholbarkeit“ klassischer Texte und dem Medium Zeitung lässt dieses als besonders aufschlussreich für die Untersuchung ideologischen Wandels erscheinen.¹² Wie zugänglich waren diese Debatten und gab es in der Frühphase der Sozialdemokratie eine gewisse ideologische Fluidität, die sich in den Jahrzehnten danach nicht mehr auffinden lässt? Diese und andere Fragen werden im dritten Teil der Arbeit eine wichtige Rolle spielen.

In der Forschung ist die kurze Dekade sozialdemokratischer Gründungswellen zwischen 1871 und 1878, die durch exogene Einwirkungen auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, wie den Deutsch-Französischen Krieg und den Erlass des Sozialistengesetzes, geprägt war, eher vernachlässigt worden. So ist in einem ausführlichen Überblickswerk, welches sich mit der gesamten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auseinandergesetzt hat, bei den von den Beiträgen abgedeckten Zeiträumen eine große Lücke in den 1870er Jahren wie auch in den 1880er Jahren festzustellen.¹³ Wenn man nun die gründliche Erforschung der Jahre 1878–1890 an anderen Stellen mit einbezieht, wird der Mangel an neueren Forschungen für die Jahre 1871–1878 umso prägnanter.¹⁴ Neuere Forschungsarbeiten haben sich aus geschichtswissenschaftlicher Sicht zunehmend mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen Revolution von 1848/49 und Sozialistengesetz beschäftigt, dabei aber die Gründerkrise nicht näher untersucht.¹⁵ Gleichzeitig ist die Geschichtsschreibung über Wirtschaftskrisen in den letzten Jahren besonders mit dem Blick auch auf die Analyse von historischer Semantik und Krisenwahrnehmungen erfolgt, hat dabei aber vermehrt zeitgeschichtliche Phänomene untersucht – das gilt für diskurslinguistische, also eher sprachwissenschaftlich orientierte Forschungen, wie auch für genuin historische Arbeiten.¹⁶ In diesem Sinne soll in dieser Arbeit den Appellen nachgegan-

¹¹ Vgl. zur symbolischen Rolle des Reichstags im Kaiserreich: Biefang, Andreas: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871–1890, Düsseldorf 2009.

¹² Koselleck, Reinhart: Hinweise auf die temporalen Strukturen begriffsgeschichtlichen Wandels, in: Bödeker, Hans Erich (Hrsg.): Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte, Göttingen 2002, S. 31–47, hier S. 47.

¹³ Vgl. hierzu: Barclay, David E./Weitz, Eric D. (Hrsg.): Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, Providence 1998.

¹⁴ Vgl. hierzu aus der älteren Forschung: Stephan, Cora: „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!“ Aus der Urgeschichte der Sozialdemokratie 1862–1878, Frankfurt am Main 1977; Eckert, Georg: Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, in: Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt am Main 1974, S. 35–51.

¹⁵ Vgl. Schmidt, Jürgen: Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870, Bonn 2018; Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

¹⁶ Vgl. hierzu: Klammer, Kristoffer: ‚Wirtschaftskrisen‘. Effekt und Faktor politischer Kommunikation Deutschland 1929–1976, Göttingen 2019; Römer, David: Wirtschaftskrisen.

gen werden, die sich für eine weitere Erforschung von Wirtschaftskrisen als kulturellen Phänomenen ausgesprochen haben.¹⁷

Im Ergebnis soll gezeigt werden, dass der Blick auf die Ökonomie und die Betrachtung gesellschaftlicher Auswirkungen ökonomischer Krisen nicht getrennt voneinander stattfinden müssen, wie auch oft in der Literatur eingefordert.¹⁸ Diese Erkenntnis soll das verbindende Element zwischen einer rein wirtschaftshistorischen Analyse ökonomischer Krisenprozesse und der kulturgeschichtlichen Analyse eines gesellschaftlichen Krisendiskurses darstellen.

Beide angesprochenen Komplexe, der ökonomische und der gesellschaftlich-politische Krisenkomplex, sind niemals unabhängig voneinander, sondern eng miteinander verwoben. Die sich im Jahr 1873 bei Ausbruch der Krise den Zeitgenossen darstellende Wirtschaftsordnung war mindestens genauso die Folge ökonomischer Wandlungsprozesse, die durch menschliches Handeln angestoßen wurden, wie menschliches Handeln durch diese Wandlungsprozesse beeinflusst wurde.¹⁹ Dieser Zusammenhang muss deshalb hervorgehoben werden, weil der Nexus zwischen Wirtschaftsordnung und politischem System vor allem dann sichtbar wird, wenn es zur Krise kommt. In Zeiten stabiler Systeme bieten sich für Beobachterinnen und Beobachter aus Gegenwart und Zukunft viele Ansatzpunkte, zwei *a priori* unterschiedliche Systemlogiken von Wirtschaft und Gesellschaft oder Kultur zu konstruieren. Nichts hieße aber den modernen Kapitalismus mehr misszuverstehen, als die enge und unüberwindbare Koppelung zwischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu übersehen – oder aber auch stattdessen den Fehler zu machen, eines der beiden Felder ausschließlich als Determinans und das andere als Determinatum zu beschreiben.

Für die Historiographie einer politischen Bewegung, deren Erfolgsrezept es war, sich durch eine grundsätzliche ökonomische Analyse mit Wahrheitsanspruch und Zukunftswert als politische Alternative in den Augen der Öffentlichkeit zu plausibilisieren, ist es daher unerlässlich, auf die historische Gewor-

Eine linguistische Diskursgeschichte, Berlin/Boston 2017; Kuck, Kristin: Krisenszenarien. Metaphern in wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen, Berlin/Boston 2018; Wengeler, Martin/Ziem, Alexander: „Wirtschaftskrisen“ im Wandel der Zeit. Eine diskurslinguistische Pilotstudie zum Wandel von Argumentationsmustern und Metapherngebrauch, in: Landwehr, Achim (Hrsg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010, S. 335–354.

¹⁷ Vgl. Rossfeld, Roman: „Fieberkurven“ und „Finanzspritzen“. Plädoyer für eine Kultur- und Wissenschaftsgeschichte wirtschaftlicher Krisen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 57, 2 (2016), S. 305–333.

¹⁸ Vgl. Berghoff, Hartmut/Vogel, Jakob: Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Ansätze zur Bergung transdisziplinärer Synergiepotenziale, in: Dies. (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels, Frankfurt am Main 2004, S. 9–42; Plumpe, Werner: Ökonomisches Denken und wirtschaftliche Entwicklung. Zum Zusammenhang von Wirtschaftsgeschichte und historischer Semantik der Ökonomie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 50, 1 (2009), S. 27–52.

¹⁹ Vgl. hierzu: Ich bediene mich der von Gerold Ambrosius geprägten Unterscheidung von „Wirtschaftssystem“ als Realität wirtschaftlichen Geschehens und „Wirtschaftsordnung“ als – in meiner Sicht unter Verwendung eines möglichst breiten Institutionenbegriffs – dem institutionellen Rahmen; vgl. Ambrosius, Gerold: Staat und Wirtschaftsordnung, Stuttgart 2001, S. 12.

denheit ebenjener Institutionen hinzuweisen, die aus der Sicht der „Kritiker“ reformbedürftig oder gar abschaffungswürdig sind. Diese Perspektive, verbunden mit einem daraus hervorgehenden Veränderungsoptimismus, schimmert aus den historischen Quellen jedenfalls so häufig durch, so dass klar wird, dass die Zeitgenossen das neugegründete Reich nicht als hinzunehmenden *fait accompli* wahrnahmen. Dies darf bei der Beurteilung des Krisendiskurses der deutschen Sozialdemokratie nicht zu gering gewichtet werden: Der neue Staat war wirklich neu und aus Sicht der Commune-Sympathisanten und Kriegsgegner von 1871 auf weichem Fundament gebaut. Der Zukunftsstaat hingegen war für diese Zeitgenossen der sozialistische Volksstaat, und er sollte modern und international wegweisend sein und würde zweifelsohne auf festem Grund errichtet werden. Die Offenheit der Geschichte aus der Sicht der Zeitgenossen verleiht den kapitalismus- und reichskritischen Argumentationen der Sozialisten in den Jahren der Reichsgründung den notwendigen Nachdruck, der in der untersuchten Zeit wohl leicht fühlbar war, aber beim zurückblickenden Historiker, der je nach Bedarf den Standpunkt des Jahres 1914, 1945 oder 2021 einnehmen kann, leicht verloren gehen könnte.

Krisen zu verstehen heißt, die Fragilität gesellschaftlicher Systeme transparenter zu machen, die erst in Krisensituationen sichtbar wird; dies gilt ausnahmsweise für Zeitgenossen und Historikerinnen und Historiker gleichermaßen. Diese Fragilität ist aber eine Variable, mit der in der politischen Auseinandersetzung gerechnet wird, die also nicht im Nachhinein von der Wissenschaft „entdeckt“ werden muss. Von Seiten der zeitgenössischen gesellschaftlichen Elite handelt es sich hierbei um eine zu verbergende, in Form von politischen Bewegungen wie der Sozialdemokratie gar zu unterdrückende Regung. Im Fall der aufbegehrenden Gruppe ist ebenjene Fragilität der Anlass für eine oppositionelle Bewegung, die Chancen auf Machtgewinn hat, wenn sich nicht sogar der Sturz des Systems anbietet – immer vermittelt über Sprache als Medium und umgesetzt durch Sprache als konstituierendes Element menschlichen Handelns. Das treffendste Beispiel in der neueren Historiographie bietet dafür die sozialistische Bewegung Europas im 19. und 20. Jahrhundert, wie auch Jürgen Schmidt in Bezug auf die frühe Arbeiterbewegung festgestellt hat:

„Sprache, die Definition von Begriffen, eine rhetorische Streit- und Diskussionskultur, prägten Engagement und Identitätsbildung der Arbeiterbewegung mindestens so nachhaltig wie sozioökonomische Strukturen.“²⁰

In diesem Sinne soll auf den folgenden Seiten die bisher unterbeleuchtete Epoche der frühen deutschen Sozialdemokratie aus zwei Blickwinkeln betrachtet werden: dem wirtschaftshistorischen, vermittelt über die Bruchstelle 1873, und dem diskursgeschichtlichen, vermittelt über die beiden Parteizeitungen der Jahre 1873 bis 1877, nämlich „Neuer Social-Demokrat“ und „Der Volksstaat“. Ergänzt werden diese Quellen durch Briefe, Parteitagssprotokolle, Reden, Schriften,

²⁰ Schmidt, Brüder, S. 24.

Broschüren und Erinnerungen prominenter Sozialdemokraten. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Analyse der beiden Zeitungen, die im Beobachtungszeitraum als Debattenportale dienten und viele Stellungnahmen unterschiedlicher Parteiakteure zu aktuellen politischen Themen enthalten.

2. *Aufbau der Arbeit*

Die Arbeit lässt sich in vier unterschiedlich große Teile gliedern. Eine Übersicht zur aktuellen Forschungsliteratur wird jeweils kapitelweise thematisch zugeordnet geboten, um den Überblick zu erleichtern – daher habe ich mich für eine kürzere Einleitung entschieden. Die Auswahl der Kapitelthemen ist aus dem Gedanken einer möglichst breiten Analyse der sozialdemokratischen Krisenwahrnehmung entstanden. So kommen nicht nur ökonomische Aspekte, sondern auch Fragen der Moral, der Fremdwahrnehmung und des internationalen Austauschs in den Fokus. Nach der Einleitung (Teil I) werde ich in Teil II der Arbeit einen wirtschaftshistorischen Ansatz verfolgen und den Gründerkrach von 1873 untersuchen. Dabei werde ich mit einer detaillierteren Schilderung der theoretischen Ausgangspositionen beginnen und dann eine kurze Darstellung der Entwicklung der deutschen Wirtschaftsordnung seit Anfang des 19. Jahrhunderts anschließen. Hierbei wird besonders der wichtige Einfluss institutioneller Faktoren auf die Genese einer zum modernen Industriekapitalismus sich scheinbar komplementär entwickelnden Wirtschaftsordnung hervorgehoben – nur scheinbar komplementär deswegen, da im Folgenden argumentiert werden soll, dass die (klein-)deutsche Wirtschaftsordnung im 19. Jahrhundert nicht vor allem die Antwort auf die vermeintlich selbständige Entfesselung einer nie dagewesenen modernen kapitalistischen Ökonomie war, sondern gleichzeitig auch durch wichtige institutionelle Weichenstellungen zentrale Anstöße für die Form des neu entstehenden Systems bot. Dieses war keineswegs – wie nicht nur durch die Diskussion um die „varieties of capitalism“ deutlich geworden ist – allein durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten geleitet, sondern durch einen von unterschiedlichen Akteuren angestoßenen und ebenso begleiteten gesellschaftlichen Entwicklungsprozess gekennzeichnet. Das Hauptgewicht meiner Argumentation in Teil II der Arbeit beruht hier auf der Darstellung institutioneller Faktoren, die, wie durch Geoffrey Hodgsons rechtlichen Institutionalismus und durch die Verwendung von Ansätzen aus der Regulationstheorie deutlich werden wird,²¹ keineswegs eine unmittelbare Steuerungsfähigkeit ökonomischer Abläufe ermöglichen.

²¹ Vgl. Hodgson, Geoffrey, *Conceptualising Capitalism*, Chicago 2015; Boyer, Robert: *Économie politique des capitalismes. Théorie de la régulation et des crises*, 2015; ders. (Hrsg.): *Régulation theory: the state of the art*, London/New York 2002; Görg, Christoph: *Regulation – ein neues „Paradigma“?*, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg 1994, S. 13–

Bevor ich mich der Darstellung und Analyse der Krise von 1873 zuwende, werde ich mich dem Krisenbegriff widmen, um seine vielseitige Anwendbarkeit zu zeigen und die konkrete Anwendung in dieser Arbeit zu erläutern, ohne gleichzeitig die Probleme, die mit der Verwendung eines solch ubiquitär benutzten Begriffs einhergehen, zu verschweigen. Zuletzt, bevor die Krise selbst beschrieben wird, muss für diese Arbeit festgelegt werden, mit welchem Krisenbegriff operiert werden soll. Neben der Schilderung des Gründerkrachs von 1873, die im dann folgenden Kapitel Hauptgegenstand sein wird, soll auch die scheinbar paradoxe Feststellung Hyman P. Minskys überprüft werden, der für Finanzkrisen im 20. Jahrhundert konstatierte, dass institutionelle Ordnungsstrukturen, die mit Stabilität einhergehen, immer wieder den Keim neuer Turbulenzen in sich tragen.²² Finanzmarktakteure fühlen sich demnach durch institutionelle Stabilität bemüßigt, höhere Risiken einzugehen. Was für den Einzelnen rational erscheint, sorgt im Kollektiv für abnehmende Stabilität.

Hierdurch wird deutlich werden, ob bezogen auf das Werk Minskys oder in der Regulationstheorie im Sinne Robert Boyers: Stabilität destabilisiert. Die Mikro-, Meso- und Makroebenen können völlig unterschiedliche Handlungsanreize bieten und damit paradoxe Ergebnisse zeitigen. Kapitalistische Wirtschaftssysteme sind dem ständigen Wandel unterworfen, der ihre systemischen Voraussetzungen immer wieder in Frage stellt, bis ein neues Regulationsregime das alte ablöst und erneut für eine Phase gewisser Stabilität sorgt. In Verbindung mit dem Aufkommen schumpeterianischen Wirtschaftswachstums ist diese Kombination die Rezeptur für eine der Komplexität moderner Ökonomien angemessene Analyse der wechsellvollen (Wirtschafts-)Geschichte moderner Gesellschaften. Es stellen sich dabei folgende Fragen: Können wir diese Prozesse schon in der Krise von 1873 beobachten oder fehlten wesentliche Variablen der Gleichung? Kann Minskys Hypothese der finanziellen Instabilität als Analysefolie überzeugen, oder war die Rolle der Finanzmärkte noch zu rudimentär im Vergleich zu den von Minsky beschriebenen Krisen in der Mitte des 20. Jahrhunderts? Und welche Rolle spielten institutionelle Transformationen, wie etwa die Liberalisierung des Aktienrechts in Deutschland? Diese Fragen sollen im letzten Kapitel von Teil II der Arbeit beantwortet werden.

Der anschließende Teil III bildet den argumentativen Hauptteil meiner Arbeit. Überträgt man die zentralen Bestandteile des modernen Kapitalismus auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit, wird offensichtlich, dass der moderne Kapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland vollkommen entwickelt war. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird zu fragen sein, ob dies auch für die argumentative Schlagkraft der kapitalismuskritischen Bewegung der neu entstehenden Arbeiterklasse galt. Die Krisenwahrnehmung der deutschen Sozialdemokraten in den Jahren nach Ausbruch des Gründerkrachs

30; Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim: Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“, in: Dies. (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994, S. 213–228.

²² Vgl. Minsky, Hyman P.: Instabilität und Kapitalismus, Zürich 2011.

von 1873 werde ich anhand von Zeitungsartikeln, Reichstagsreden, Parteitageprotokollen, Büchern, Broschüren und Briefen nachzeichnen. Dafür wurde ein Analyseraster entworfen, welches sich in der Strukturierung der Kapitel wiederfindet:

Zuerst möchte ich mich mit dem Themenkomplex der Krisenwahrnehmung im Ausland auseinandersetzen. Eine wichtige Rolle sollen folgende Fragen spielen: Wie internationalistisch war die Sozialdemokratie wirklich, wie wurden Entwicklungen in anderen Ländern geschildert, gab es nationalistische Vorurteile, gab es eine ausdifferenzierte Wahrnehmung eines globalen Kapitalismus?

Das nächste Kapitel soll sich mit der Krise als Ausdruck unmoralischer Verhältnisse befassen. Gibt es ein Spannungsfeld zwischen der Betrachtung der Entwicklungen vom Standpunkt der „moral economy“ und einer Herangehensweise, die sich vielleicht schon als fortgeschrittene Kapitalismuskritik im Marx'schen Sinne beschreiben lässt, welche explizit nicht in moralischen Kategorien analysiert? Weiterhin stellt sich die Frage: Wie marxistisch ist die Gründungsgeneration der Partei?²³

Sodann werde ich mich der Frage zuwenden, inwiefern die Krise als logische Folge des Kapitalismus gedeutet wird. Kommt es hier zu einer Analyse im wissenschaftlichen Sinn, oder bleibt es im Wesentlichen bei einer Polemik gegen den Kapitalismus aus der Sicht der gesellschaftlichen Out-Group? Wie wurde über die Zukunft des Kapitalismus und der Krisen gedacht? Wurden systematische Zusammenhänge erläutert und diskutiert oder einfach nur behauptet?

Auf einer weniger abstrakten Ebene stelle ich die Frage, inwiefern die Krise von den Beteiligten als Chance für die parteipolitische Agitation gesehen wurde. Profitierte die Partei, weil sich ihre Vorhersagen bewahrheiteten, oder führte die Schwächung der Verhandlungsbasis der Arbeiterschaft auch zur Schwächung ihres politischen Engagements? Oder gingen beide Entwicklungen miteinander einher? Wie lassen sich die Wirkungen einordnen? Hier werden auch regionale Disparitäten zu beachten sein, aber auch die zeitliche Nähe zu den medialen Höhepunkten der Krise im Mai und Oktober 1873 oder den anstehenden Reichstagswahlen, bis hin zum Jahr 1875, in dem sich die Krise auch deutlicher in der wirtschaftlichen Entwicklung niederschlug.

Ressentiments gehen mit Gesellschafts- oder Kapitalismuskritik oft einher. Ob und wie dies im Fall der Gründergeneration der Sozialdemokratie geschah, soll im nächsten Kapitel der Arbeit beleuchtet werden: Wie wurde der politische Gegner „geframed“, gab es antisemitische Phrasen und Nationalismus, wie äußerten sich Antikapitalismus (kann davon überhaupt die Rede sein?) und Antiklerikalismus? Sozialdarwinistische Argumentationen und Biologismen sollen mich hier ebenso beschäftigen wie rassistische Topoi. Sind etwa ähnliche semantische Prozesse zu beobachten, wie bei neueren Forschungen in Bezug auf Wirtschaftskrisen jüngerer Datums, bei denen ein Wandel von biologischen hin

²³ Vgl. hierzu vor allem für die nächste Generation der Arbeiterbewegung wegweisend: Morina, Christina: Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017.